

von Dohnanyi, Klaus; Kohler, Beate; Wolff von Amerongen, Otto

Article — Digitized Version

## Süderweiterung der EG

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* von Dohnanyi, Klaus; Kohler, Beate; Wolff von Amerongen, Otto (1978) : Süderweiterung der EG, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 12, pp. 587-596

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135260>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Süderweiterung der EG

In diesem Monat finden die entscheidenden Beitrittsverhandlungen zwischen der EG, Griechenland, Spanien und Portugal statt. Welche Hoffnungen werden an die Erweiterung der EG geknüpft? Welche Probleme wird sie mit sich bringen? Staatsminister Klaus von Dohnanyi, Frau Professor Beate Kohler und DIHT-Präsident Otto Wolff von Amerongen nehmen Stellung.

---

Klaus von Dohnanyi

### Ziele der EG-Erweiterung

In absehbarer Zeit wird die Europäische Gemeinschaft aus zwölf Mitgliedstaaten bestehen. Noch vor fünf Jahren, als die EG von sechs auf neun Mitgliedstaaten wuchs, hätte niemand eine solche Entwicklung vorauszusagen gewagt. Aber als in Griechenland, Portugal und Spanien demokratisch gewählte Regierungen an Europa appellierten und den Beitritt zur EG beantragten, konnte es nur eine Antwort geben: das klare politische Ja zu diesen Beitritten.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Monaten, in denen sie die EG-Präsidentschaft innehatte, eine ihrer Hauptaufgaben darin gesehen, diese Entscheidung für den Beitritt durch zügiges und entschlossenes Handeln in die Tat umzusetzen und den begonnenen Erweiterungsprozeß energisch voranzubringen.

Die im Sommer 1976 begonnenen Beitrittsverhandlungen mit Griechenland werden, so wie es der Europäische Rat in Bremen noch einmal klargemacht hat, in diesem Jahr in der Substanz zum Abschluß gebracht. Die

meisten Probleme sind gelöst, offen ist noch die Dauer der Übergangsfristen im Bereich der Freizügigkeit und der Agrarpolitik. Gemeinschaft und Griechen haben in der Ministerkonferenz am 6. Dezember ihre Verhandlungspositionen in diesen Fragen dargelegt. Die abschließenden Verhandlungen werden am 20. Dezember stattfinden.

Ein weiteres Ziel unserer Präsidentschaft war es, die Beitrittsverhandlungen mit Portugal aufzunehmen. Dies ist im Oktober geschehen. Sie werden im Dezember fortgesetzt. Wahrscheinlich werden wir dann neben den technischen Fragen auch schon die ersten Sachfragen erörtern können.

Wir hatten uns schließlich vorgenommen, im Ministerrat noch in diesem Jahr am 19. Dezember die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Spanien zu beschließen. Die Kommission hat – dies ist Voraussetzung des Beschlusses – ihre Stellungnahme zum Beitritt Spaniens Ende November abgegeben. Wir werden also am 19. Dezember beschließen können.

Die Gemeinschaft ist der Kristallisationspunkt für die Vereinigung aller europäischen Demokratien. Es ist daher nur selbstverständlich, daß Länder, die in den letzten Jahren unter unserer größten Anteilnahme, zum Teil nach Jahrzehnten diktatorischer Herrschaft zu demokratischen Regierungsformen zurückgefunden haben, in die Gemeinschaft aufgenommen werden. Hier geht es um die politische, soziale und wirtschaftliche Solidarität der Demokraten in Europa. Darüber herrscht unter allen Beteiligten völliges Einvernehmen.

#### Solidarität der Demokraten

Das Streben nach regionalen Zusammenschlüssen ist ein Merkmal außenpolitischen Handelns in unserer Zeit. Griechenland, Spanien und Portugal wird die Solidarität der Gemeinschaft nutzen. Aber auch wir haben – wenn uns an Stabilität in Europa liegt – alles Interesse, uns mit diesen drei Ländern in der EG zu verbinden. Schon in der Vergangenheit hat jedes Land seinen Beitrag zur westlichen

Sicherheit geleistet. Es ist für alle Seiten von Vorteil, wenn die Gemeinsamkeit der außen- und sicherheitspolitischen ebenso wie der wirtschaftlichen Interessen durch den Beitritt der Drei zur EG weiter bekräftigt wird.

Aus diesem Grund kommt es jetzt darauf an, den Erfolg der demokratischen Parteien in diesen Staaten durch Taten zu unterstützen und ihre demokratische Entwicklung durch die feste Einbindung in die Gemeinschaft zu sichern. Der Frieden in Europa und insbesondere im Mittelmeerraum wird so gestärkt, das Gewicht der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten in der Weltpolitik erhöht. Dazu werden vor allem die engen und guten Beziehungen Portugals und Spaniens mit den lateinamerikanischen Ländern und die traditionellen Verbindungen Griechenlands mit den Staaten im Nahen Osten und auf dem Balkan beitragen.

### Bedeutung der Mittelmeerländer

Es kann nicht ausbleiben, daß der Beitritt der drei Länder Auswirkungen auf das Verhältnis der Gemeinschaft zu den nicht beitretenden Mittelmeer-Anrainern hat, Rückwirkungen, die in freundschaftlichen Gesprächen und partnerschaftlichen Verhandlungen aufgefangen werden müssen. Vor allem das Verhältnis der Gemeinschaft zur Türkei bedarf wegen ihrer großen Bedeutung für Europa und ihrer wichtigen Rolle in der NATO besonderer Aufmerksamkeit. Wir wollen mit realistischer Politik verhindern, daß sie sich wegen der Erweiterung der EG von Europa entfernt.

Das Verdienst General de Gaulles war es, als einer der ersten die Notwendigkeit einer engen Verbindung zwischen Europa und dem Mittelmeerraum erkannt und die große Bedeutung der Mittelmeerländer für Europa verdeutlicht zu haben.

Wenn heute die Gemeinschaft dabei ist, Griechenland, Portugal und Spanien aufzunehmen, so steht sie auch in der Tradition dieser Politik. Sie hilft mit ihrer Ausweitung in diese politisch, strategisch, wirtschaftlich und kulturell so wichtige Region eine Brücke zu schlagen zu den arabischen Staaten, nach Afrika und Asien, eine Brücke, die wesentlich auf den Pfeilern gemeinsamer historischer Bindungen steht.

Offen ist daher nicht mehr das „ob“, sondern nur noch das „wie“ der Erweiterung. Wir müssen sicherstellen, daß die Gemeinschaft aus dem Erweiterungsprozeß nicht geschwächt, sondern gestärkt hervorgeht. Er muß deshalb auch weiterhin so gesteuert werden, daß das politische Ziel der Erweiterung, nämlich die langfristige Stabilisierung der Demokratie in Europa, nie gefährdet ist. Wirtschaftliche und institutionelle Probleme, mit denen wir dabei konfrontiert sein werden, müs-

sen durch eine Stärkung der wirtschaftlichen Integration und der gemeinschaftlichen Entscheidungsprozesse wie auch der außenpolitischen Zusammenarbeit gemildert oder kompensiert werden. Vor einem möglichen Mißverständnis ist hier zu warnen: Diese Probleme sind der Gemeinschaft seit langem vertraut. Die Beitritte schaffen sie nicht neu. Sie verstärken sie allenfalls.

### Probleme der Erweiterung

In der Gemeinschaft der Zwölf werden fünf Mitglieder Länder der Mittelmeerregion sein. Das Gleichgewicht innerhalb der Gemeinschaft wird sich stärker vom „industrialisierten Norden“ nach Süden verlagern. Die Probleme der mediterranen Landwirtschaft werden an Bedeutung gewinnen. Die Europäische Gemeinschaft wird auf der anderen Seite bei einer Reihe weiterer landwirtschaftlicher Produkte wie etwa Obst, Gemüse, Olivenöl einen höheren Selbstversorgungsgrad erreichen, ein Gedanke, der bei aller berechtigten Kritik an der EG-Agrarpolitik oft nicht genug beachtet wird.

Auch die Zuwanderung von Arbeitskräften aus den Beitrittsländern kann möglicherweise nach Ablauf entsprechender Übergangsfristen wegen der durch die Römischen Verträge gewährten Freizügigkeit zunehmen. Die Bundesrepublik, in der gegenwärtig rund 3,5 Mill. Ausländer leben, würde davon besonders berührt. Freilich sollten wir angesichts des Arbeitskräftepotentials der drei Beitrittskandidaten nicht zu Übertreibungen neigen. Rechtlich können wir uns der Freizügigkeit auf Dauer nicht verschließen. Die Römischen Verträge kennen kein „Zweiklassen-Europa“, einen Teil, in dem sich Arbeitnehmer frei bewegen und niederlassen dürfen, und einen anderen, der von diesem europäischen Grundrecht ausgeschlossen ist. Wegen un-

Die Autoren  
unseres  
Zeitgesprächs:

*Dr. Klaus von Dohnanyi,  
50, ist Staatsminister im  
Auswärtigen Amt.*

*Prof. Dr. Beate Kohler  
lehrt Politikwissenschaft  
an der Technischen Hoch-  
schule Darmstadt.*

*Otto Wolff von Amerongen,  
60, ist Präsident des  
Deutschen Industrie- und  
Handelstages (DIHT) so-  
wie Vorsitzender des Ost-  
ausschusses der Deut-  
schen Wirtschaft.*

serer schwierigen internen Arbeitsmarktlage werden wir allerdings für ausreichende und angemessene Übergangsregelungen auch in diesem Bereich Sorge tragen. Wir werden zudem mit Nachdruck dazu beizutragen haben, daß nach dem Beitritt Griechenlands, Portugals und Spaniens die in diesen Ländern vorhandenen großen Wachstumsreserven zügig erschlossen und so die Wanderbewegungen der Arbeitskräfte auch im Interesse der Beitrittsländer auf einem möglichst niedrigen Niveau stabilisiert werden.

Die zweite EG-Erweiterung mag – wie schon die erste – die weitere Integration vorüber-

gehend erschweren. Zumindest einer der Beitrittskandidaten ist in wirtschaftlicher Hinsicht noch ein Entwicklungsland. Auch ein umfangreicher Ressourcentransfer von Nord nach Süd innerhalb der Gemeinschaft, dessen Notwendigkeit für mich feststeht, kann das Entwicklungsgefälle zwischen dem „reichen EG-Norden“ und dem „armen EG-Süden“ nur schrittweise abbauen. Die vergangenen Jahre haben zudem gezeigt, daß auch in der Neuner-Gemeinschaft während der weltweiten Rezession das Integrationsstempo geringer war. Freilich ist auch nicht zu übersehen, daß die zweite EG-Erweiterung nicht nur politische,

sondern auch wirtschaftliche Impulse freisetzen wird, die vor dem Hintergrund des neuen europäischen Währungssystems den weiteren wirtschaftlichen Aufschwung in Europa begünstigen werden.

#### Große Anforderungen

Auch an die drei Beitrittsländer werden große Anforderungen gestellt. Die Übernahme des Gemeinschaftsrechts (acquis communautaire) bedeutet für sie, ihre Wirtschaft dem Wettbewerb mit hochindustrialisierten Ländern auszusetzen, ihre wirtschaftlichen, sozialen und administrativen Strukturen in einem Ausmaß und in einer Geschwindig-

## VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

### NEUERSCHEINUNG

Hans-Eckart Scharrer, Dieter Gehrman, Wolfgang Wetter

### WÄHRUNGSRISSKO UND WÄHRUNGSVERHALTEN DEUTSCHER UNTERNEHMEN IM AUSSENHANDEL

Diese empirische Untersuchung vermittelt erstmals einen umfassenden und differenzierten Einblick in das Währungsverhalten deutscher ex- und importierender Unternehmen. Die Studie stützt sich auf die schriftliche Befragung von mehr als 700 Firmen aller Größen und Branchen, auf zahlreiche Einzelinterviews mit Unternehmen, Banken und Verbänden und auf bisher unveröffentlichte Daten der Deutschen Bundesbank. Zu den im einzelnen analysierten Problemkreisen gehören unter anderem die Geschäftslaufzeiten im Ex- und Import, die Angebots- und Fakturierungspraxis deutscher Unternehmen, ihr Kurssicherungsverhalten bei Fremdwährungsgeschäften und ihre generelle Einstellung zum herrschenden System floatender Wechselkurse.

Großoktav, 449 Seiten, 1978, Preis brosch. DM 43,-

ISBN 3-87895-168-X

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

keit zu modernisieren, die nur unter großen Anstrengungen durchzuhalten sind. Sie sind bereit, diese Anstrengungen auf sich zu nehmen, und unterstreichen so die Ernsthaftigkeit ihres Beitrittswunsches.

Die europäische Idee lebt. Nicht zuletzt dies haben uns die Regierungen und Völker Griechenlands, Portugals und Spaniens durch ihre Beitrittsanträge, die in ihrem Glauben an die Zukunft und Kraft Europas grün-

den, bewiesen. Dieses Europa weiterzubauen, es zu einem Hort der Stabilität und zu einer unüberhörbaren politischen Stimme in der Welt zu machen, liegt auch in unserem ureigensten deutschen Interesse.

Beate Kohler

## Politische Probleme der Süderweiterung

In der Frage der Süderweiterung der EG herrscht in der Bundesrepublik eine seltene Einmütigkeit. Alle Parteien und Verbände haben öffentlich ihre Zustimmung zum Beitritt Griechenlands, Portugals und Spaniens bekundet. Ebenso einmütig sind sie in ihrer Einschätzung, daß die Erweiterung aus politischen Gründen zu unterstützen sei. Man hofft mit der Einbeziehung dieser drei Länder in die Gemeinschaft einen Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie in Südeuropa und zur Stärkung der Sicherheit im Mittelmeerraum zu leisten. So leerformelhaft diese Argumente in der öffentlichen Diskussion auch immer vorgebracht werden mögen, so sind sie doch mit konkreten Vorstellungen gefüllt. Dabei geht es weniger um die Verwirklichung abstrakter Prinzipien als um handfeste politische Interessen. Die politische Stabilität des südeuropäischen Raumes wird als notwendige Voraussetzung für die langfristige Sicherheit der Gemeinschaft betrachtet.

Die militärstrategische Komponente der Einbeziehung der drei Staaten in die EG spielt dabei eine eher untergeordnete Rolle. Allerdings sollte nicht übersehen werden, daß die Gemeinschaftsstaaten — allen voran die Bundesrepublik — an einer Festigung des Atlantischen

Bündnisses interessiert sind und mit Sorge die Abbröckelungstendenzen gerade an der Südflanke der NATO beobachten. Man hofft, daß die Mitgliedschaft Griechenlands in der EG es Athen erleichtern könnte, den Weg zurück in den militärischen Verband der NATO zu finden. Gleichermaßen wird erwartet, daß die Aufnahme Spaniens dazu beitragen kann, noch bestehende Vorbehalte gegenüber der NATO auszuräumen, und im Falle Portugals hofft man, durch den EG-Beitritt neutralistische Tendenzen bestimmter politischer Kreise auffangen zu können.

### Interessenlage der EG

Sicherheit in Europa beschränkt sich heute aber weniger denn je auf den militärischen Schutz vor äußerer Aggression. Der Ost-West-Konflikt, auf den das NATO-Bündnis ausgerichtet war, wird immer mehr durch die Auseinandersetzungen zwischen der Ersten und der Dritten Welt um die Gestaltung des internationalen Wirtschaftssystems verdrängt. Die Durchsetzung europäischer Interessen wird dabei durch die Verschärfung des internationalen Wettbewerbs der Industrieländer untereinander zusätzlich erschwert. Dabei sind die Staaten der EG mehr als andere auf eine funktionierende Weltwirtschaft angewiesen: Eine

Unterbrechung ihrer Rohstofflieferungen, der Verlust internationaler Absatzmärkte, die Erschütterung des internationalen Währungssystems treffen sie viel stärker als eine wirtschaftliche Großmacht wie die USA.

Hinzu kommt, daß sie — ebenfalls im Unterschied zu den USA — nicht in der Lage sind, Bedrohungen ihrer wirtschaftlichen Interessen im Zusammenhang mit regionalen Konflikten abzuwehren. Die EG verfügt weder über ökonomische Sanktionsmöglichkeiten noch über militärische Zwangsmittel, um in internationale Konflikte einzugreifen und diese in ihrem Interesse zu regeln. Die Zypernkrise wie der Nah-Ost-Konflikt haben deutlich gezeigt, wie wenig die Staaten der EG trotz gemeinschaftlicher Anstrengungen den Verlauf von Krisen an ihrer eigenen Peripherie zu beeinflussen vermögen. Entsprechend müssen sie an einer langfristigen Stabilität dieses Raumes interessiert sein, weil nur so die Randbedingungen für ihre eigene wirtschaftliche Entfaltung gewährleistet sind. Die beste Garantie hierfür sehen sie in der Sicherung einer funktionsfähigen sozialen und politischen Ordnung in Südeuropa.

In dem Moment, in dem die Gemeinschaftsstaaten ihre Zustimmung zur Süderweiterung

politisch begründeten, haben sie eine weitreichende Verpflichtung auf sich genommen. Die Gleichung „Sicherheit durch politische und soziale Stabilität“ geht nämlich nur dann auf, wenn der Beitritt zur EG eine fühlbare Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in diesen drei Staaten mit sich bringt. Der Zugang zum EWG-Markt reicht aber allein keineswegs aus, um die erhoffte Wohlstandssteigerung zu induzieren. Im Unterschied zur ersten Erweiterungsrunde bringt der Eintritt in die Zollunion vor allem für Griechenland und Portugal eher Nachteile mit sich.

Auf der Grundlage ihres Assoziations- bzw. Freihandelsabkommens genossen sie bereits den Vorteil des ungehinderten Marktzuganges für gewerbliche Produkte und können somit nicht auf zollinduzierte Exportsteigerungen hoffen. Auf der anderen Seite war ihnen auf der Grundlage der Verträge immer noch gestattet, ihre sensiblen Produktionsbereiche durch tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse zu schützen bzw. den Aufbau eigener Industrien durch gezielte staatliche Subventionen zu unterstützen. Angesichts des niedrigen ökonomischen Entwicklungsstandes – und hier sind es auch wieder Griechenland und Portugal, die mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben – ist zu fragen, ob die Einbeziehung dieser Staaten in die EWG geeignet ist, ihre Entwicklungsprobleme zu meistern.

### **Befristete Ausnahmeregelungen**

Die Konstruktion des EWG-Vertrages wurde für hochindustrialisierte Staaten auf vergleichbarem wirtschaftlichem Entwicklungsniveau geschaffen. Die Durchsetzung binnenmarktähnlicher Verhältnisse unter Ausschluß von Wettbewerbsbeschränkungen sollte die optimale Allokation der Ressourcen gewährleisten. Bereits in der Ge-

meinschaft der Sechs hat sich aber gezeigt, daß auf diesem Wege die Angleichung der regional unterschiedlichen Lebensverhältnisse nicht möglich ist. Die Einbeziehung industrieller Schwellenstaaten müßte deshalb mit einer Überprüfung des marktwirtschaftlichen Integrationskonzeptes der Römischen Verträge verbunden sein. Eine Revision der ordnungspolitischen Grundprinzipien stößt jedoch auf die etablierten Interessen der wettbewerbsstarken Industriestaaten wie beispielsweise der Bundesrepublik. Jede Verwässerung des Wettbewerbskonzeptes gefährdet die auf dem Markt gegebene Überlegenheit deutscher Erzeugnisse. Daraus erklärt sich, daß man lediglich bereit ist, zeitlich befristete Ausnahmeregelungen zuzulassen.

Es wird zwar allgemein anerkannt, daß das niedrige wirtschaftliche Entwicklungsniveau der Beitrittsstaaten längere Übergangszeiten erforderlich macht, doch steht man unter dem Druck der eigenen Exportindustrie, die sich die Erschließung zusätzlicher profitabler Absatzmärkte erhofft. Entsprechend will man den Zeithorizont bis zur vollen Übernahme der Pflichten aus dem EWG-Vertrag nicht allzuweit hinausdehnen, was dann weniger mit wirtschaftlichem Eigennutz als mit erzieherischem Altruismus begründet wird: Nur so könne der nötige Anpassungsdruck auf die Beitrittsstaaten ausgeübt werden, sich auf den Wettbewerb in der Gemeinschaft vorzubereiten.

Die eindeutige zeitliche Terminierung von Ausnahmeregelungen ist für die Vertreter der deutschen Industrie von besonderer Dringlichkeit. Denn sie fürchten, das schlechte Beispiel könne Schule machen. Ihrer Ansicht nach hat sich die Tendenz, Wettbewerbspositionen mit Hilfe staatlicher Unterstützung aufzubauen, in den anderen Ländern der Gemeinschaft stärker durch-

gesetzt als in der Bundesrepublik. Man sieht sich in zunehmendem Maße einem Dumpingwettbewerb ausgesetzt, der nicht nur aus betriebswirtschaftlichen Interessen, sondern auch aufgrund volkswirtschaftlicher Überlegungen abgelehnt wird.

### **Divergierende Ordnungsvorstellungen**

Darüber hinaus gibt der Beitritt Griechenlands, Portugals und Spaniens zur EG erneut Anlaß zur Befürchtung, daß die damit verbundenen strukturellen Anpassungsprobleme als Vorwand dienen könnten, die jüngsten sektorspezifischen Regelungen noch weiter auszudehnen. DIHT und BDI sprechen sich nachdrücklich dafür aus, daß die notwendigen Strukturwandlungen in den Beitrittsländern nur mit marktwirtschaftlichen Mitteln durchgesetzt werden sollen. Die Hartnäckigkeit, mit der diese Forderung vorgebracht wird, ist nur im Kontext der innenpolitischen Auseinandersetzung zu verstehen. Man möchte vermeiden, daß die gewerkschaftlichen Forderungen nach geregelterem Strukturwandel und beschäftigungsorientierter Wirtschaftspolitik eine zusätzliche Legitimationsgrundlage durch die Anerkennung dieser Prinzipien auf EG-Ebene erhalten.

In den Beitrittsländern wird ein vergleichbarer Kampf um die Durchsetzung divergierender wirtschaftlicher Ordnungsvorstellungen geführt. Es besteht allerdings ein breiter Konsens darüber, daß man die Anpassungsprobleme nicht einfach der Steuerung der Marktkräfte überlassen kann. Eine solche Politik wird als ökonomisch fragwürdig und vor allem als sozial nicht tragbar erachtet. Entsprechend erwartet man vom Eintritt in die EG nicht lediglich, die Vorteile eines großen Marktes zu erlangen. Man hofft vielmehr, daß man als Mitglied der Gemein-

schaft über die Rahmenbedingungen der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung – und sei es durch eine Veränderung der wirtschaftspolitischen Leitlinien – mitbestimmen kann. Diese Mitbestimmungsmöglichkeit wird als mindestens ebenso wichtig erachtet wie der Zugriff auf die Fonds der Gemeinschaft und andere materielle Hilfeleistungen der EG.

#### **Konkurrierende Ansprüche**

Nur wenn die EG-Staaten zu solchen Zugeständnissen bereit sind, besteht eine Chance, daß das Ziel der politischen Stabilisierung erreicht wird. Die Aufgaben, vor denen die Beitrittsländer stehen, sind nur gemeinschaftlich zu meistern. Es geht dabei nämlich nicht nur um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungskraft, sondern

auch um den Ausgleich konkurrierender sozialer und politischer Ansprüche. Angesichts der strukturellen Schwächen in Industrie und Landwirtschaft besteht die Gefahr, daß die notwendigen Umstellungsprozesse zumindest mittelfristig die Arbeitslosigkeit verschärfen und zahlreiche Kleingewerbetreibende zur Aufgabe ihrer Existenz zwingen werden. Dadurch werden die Hoffnungen auf baldige Wohlfahrtssteigerung und sozialen Ausgleich, die nach den Jahren der Diktatur in die Demokratie gesetzt worden waren, bitter enttäuscht werden.

Der notwendigerweise steigende Etatbedarf für Infrastrukturverbesserungen wird den Spielraum für eine aktive Sozialpolitik noch weiter einengen. Infolgedessen werden alle Versuche, durch irgendwelche For-

men von Zwangssparen mehr nationales Kapital aufzubringen, auf den organisierten Widerstand der Arbeitnehmer stoßen. Eine stärkere Besteuerung von Unternehmensgewinnen ist ein ebenfalls schwieriger Weg, denn dadurch könnte die Investitionsneigung der Kapitaleigner noch weiter gelähmt werden. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie war bereits von einem Absinken der Investitionstätigkeit begleitet, was in der Regel mit der allgemeinen politischen Unsicherheit begründet wird, in der Mehrzahl der Fälle aber wohl darauf zurückzuführen ist, daß gerade die Großunternehmen sich unter der Diktatur besonderer Vergünstigungen erfreuen konnten, die ihnen eine demokratisch legitimierte Regierung nicht mehr zu gewähren vermag.

### **VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG**

Hajo Hasenpflug, Beate Kohler (Hrsg.)

## **DIE SÜDERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT**

– Wende oder Ende der Integration? –

In dem vorliegenden Buch wird die Frage der Süd-Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft vom Grundsatz her aufgeworfen. Wichtige Vorentscheidungen über die Beitrittsanträge Griechenlands und Portugals wie auch das Beitrittsgesuch Spaniens sind fast unbemerkt von der Öffentlichkeit in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft vollzogen worden und haben auch in Kreisen der Fachwelt noch keine eingehende Debatte hervorgerufen. Die in diesem Buch zusammengefaßten Stellungnahmen namhafter Fachleute sollen dazu beitragen, auf der Grundlage sorgfältiger Analysen eine breite öffentliche Diskussion über die weitreichenden Konsequenzen einer neuerlichen Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft auszulösen.

Großoktav, 319 Seiten, 1977, Preis brosch. DM 38,—

ISBN 3-87895-161-2

**V E R L A G   W E L T A R C H I V   G M B H   -   H A M B U R G**

Die Einigung auf eine erfolgversprechende Entwicklungsstrategie wird somit weniger durch das Unvermögen von Planern und Technokraten behindert, als durch den Interessenkampf der am Wirtschaftsgeschehen Beteiligten. Vom Verlauf dieser Auseinandersetzung wird es abhängen, ob die Demokratie in den drei Beitrittsstaaten ihre Bewährungsprobe besteht.

### **Mangelnde Demokratieerfahrung**

Das Fehlen demokratischer Traditionen wird sich dabei besonders nachhaltig auswirken. Mangelnde Erfahrung in Demokratie kann nicht durch das Bekenntnis zu demokratischen Werten von heute auf morgen wett gemacht werden, sondern zeigt länger andauernde Folgen im sozialen und politischen Verhalten. Politische Führungsgruppen, die gewohnt waren, Privilegien aufgrund von Herkunft, Standeszugehörigkeit oder politischer Erfolgsgläubigkeit zu genießen, werden sich dagegen wehren, diese in Zukunft durch Leistung erarbeiten und gegen Ansprüche anderer rechtfertigen zu müssen. Gerade die Kapitaleigner waren gewohnt, daß in der Diktatur der Staat dafür Sorge trug, daß sich keine selbständige Arbeiterbewegung entwickelte, deren Forderungen man hätte nachgeben müssen. Die Rolle eines sozial verantwortungsbewußten Sozialpartners ist fremd und vielen höchst suspekt.

Die Organisationen der Arbeiterschaft sind ihrerseits für die Auseinandersetzung noch schlecht gerüstet. Teils sind sie erst im Aufbau begriffen, teils mangelt es an Erfahrung im gewerkschaftlichen Kampf, und das Verhältnis von Kapital und Arbeit ist noch nicht eingespielt. Darüber hinaus bestehen erhebliche Unsicherheiten über Selbstverständnis und Zielsetzung gewerkschaftlicher Arbeit.

Auch die Parteien befinden sich erst im Entwicklungsstadium. Nur wenige von ihnen sind mit den modernen Massenorganisationen ihrer nördlichen Schwesterparteien zu vergleichen. Sie dienen eher als Sammelbecken für die meist heterogene Gefolgschaft eines charismatischen Führers. Infolgedessen sind sie nur bedingt in der Lage, ihre Funktion als Transmissionsriemen der politischen Willensbildung vom Bürger zur politischen Entscheidungsspitze in Parlament und Regierung zu erfüllen. Die Zusammenarbeit solcher Klientelparteien mit einem Verwaltungsapparat, der nicht nur überdimensioniert ist, sondern es auch an der nötigen administrativen Effizienz und Rationalität mangeln läßt, verstärkt eine auf Einzelpersonen und persönliche Beziehungen angelegte Politik. Politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse werden dadurch nicht transparent gemacht, sondern eher verschleiert.

### **Labiles Gleichgewicht**

Das Ergebnis ist eine latente Rechtsunsicherheit und das Gefühl politischer Ohnmacht. Der Wettbewerb von Individuen um Einfluß und Ansehen anstelle von Fraktionszusammenhalt und klar abgegrenzten Fronten zwischen Regierungsmehrheit und Opposition verstärkt die Labilität der parlamentarischen Politik. Ein solches System ist auf allgemein anerkannte Führungspersönlichkeiten angewiesen, um eine Kontinuität der Politik zu gewährleisten. Eine funktionsfähige Demokratie kann sich auf diese Art und Weise nur schwer einspielen. Entsprechend finden sich die drei Beitrittskandidaten – wie die jüngsten Ereignisse erneut bewiesen haben – in einem recht labilen Gleichgewicht.

Die politischen Aktivitäten von Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden aus den

Gemeinschaftsstaaten in Griechenland, Portugal und Spanien lassen erkennen, daß die Vielschichtigkeit des Stabilisierungsprozesses erkannt worden ist. Es bleibt zu hoffen, daß solche positiven Ansätze zur Zusammenarbeit nicht durch eine kurz-sichtige Interessenpolitik zunichte gemacht werden. Diese Gefahr besteht, weil finanzielle Zugeständnisse und der Verzicht auf direkte Vorteile unmittelbar spürbar sind. Es gibt Betroffene, die sich zur Wehr setzen und ihre Forderungen mit handfesten Kosten- und Nutzen-Rechnungen untermauern werden. Langfristige Sicherheitsüberlegungen, die auf der unsicheren Einschätzung des Verlaufs gesellschaftlicher und politischer Prozesse beruhen, sind weniger überzeugend darzulegen und finden auch keine Lobby.

### **Heikle Aufgabe**

Hinzu kommt, daß auch die Außenwirkungen der Erweiterung in der politischen Öffentlichkeit keine angemessene Berücksichtigung finden. Die Aufnahme europäischer Entwicklungsländer in die EG beschränkt zunächst den gemeinschaftlichen Konzessionsspielraum gegenüber Staaten der Dritten Welt: Bei der Vergabe von Entwicklungsgeldern, der Bereitschaft zum Technologietransfer, der präferentiellen Behandlung gewerblicher wie landwirtschaftlicher Produkte wird sich die Gemeinschaft zugunsten ihrer eigenen Mitglieder entscheiden. Schon heute taucht das Argument auf, man müsse sich vordringlich den Entwicklungsproblemen in Europa zuwenden und einen Beitrag zu deren Lösung leisten.

Soll dieses Argument mehr als ein taktischer Schachzug sein, um weitergehende Forderungen der Staaten der Dritten Welt abzuwehren, so setzt sich die Gemeinschaft in Zugzwang. Sie übernimmt die heikle Aufgabe,



die Überlegenheit des eigenen Entwicklungsmodells zu demonstrieren. Sollte der Beitritt Griechenlands, Portugals und Spaniens nicht zu einer erheblichen Verbesserung der materiellen Lage und zur Festigung der Demokratie in diesen Staaten führen, so wird dies verheerende Folgen für das Ansehen der Gemeinschaft haben. Die gegenwärtige Integrationsbereitschaft

in den südeuropäischen Staaten wird in offene Opposition umschlagen, und der Verdacht, die Gemeinschaft nütze in erster Linie den ökonomisch Starken, wird die zentrifugalen Tendenzen auch unter den Altmitgliedern der EG stärken. Der Vorwurf des Neoimperialismus wird neue Nahrung erhalten, was den Bemühungen der EG, ein partnerschaftliches Verhältnis mit

der Dritten Welt aufzubauen, direkt entgegenwirken wird.

Die Entscheidung zugunsten einer Süderweiterung der Gemeinschaft war politisch motiviert. Es bleibt zu hoffen, daß diese politischen Gesichtspunkte nicht in den detailreichen Verhandlungen über Agrarmarktordnungen und ähnlichem verloren gehen.

---

 Otto Wolff von Amerongen

## Chancen und Risiken der EG-Erweiterung

---

**C**hancen und Risiken: beides birgt die anstehende Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft um die Mittelmeerländer Griechenland, Spanien und Portugal. Die politischen Weichen sind längst gestellt, und von den Sachverhandlungen über die Beitrittskonditionen wird es abhängen, ob die Chancen genutzt und die zweifellos vorhandenen Klippen umschifft werden.

Die deutsche Wirtschaft hat stets deutlich Ja gesagt zu den Beitrittswünschen dieser Länder. Die Gemeinschaft muß sie aufnehmen, denn sie gehören zu Europa. Hingewiesen hat die deutsche Wirtschaft aber auch immer auf die Schwierigkeiten, Länder mit so unterschiedlichem wirtschaftlichen Niveau in die Gemeinschaft zu integrieren. Denn eines ist klar: Mehr noch als bei der Erweiterung von sechs Mitgliedstaaten auf neun handelt es sich diesmal um eine fundamentale Neuordnung des europäischen Wirtschaftsraumes mit weitreichenden Folgen für das gesamte internationale Wirtschaftssystem. Zudem fallen die Gespräche über die Süderweiterung in eine Zeit, in der die Neuner-Gemeinschaft mit kon-

junkturrellen und strukturellen Sorgen belastet ist. Hinzu kommt ein wieder anschwellender Protektionismus. Dies alles engt den Spielraum der nationalen Regierungen bei ihrer Europapolitik erheblich ein. Wir sollten uns den Blick auf diese Realitäten nicht verstellen lassen und nicht versuchen, Befürchtungen und Sorgen mit frommen Erwartungen wegzuwischen.

### Wichtige Partner

Gleichzeitig aber müssen wir übertriebenem Pessimismus wehren. Wir würden uns der Chancen auf diesen Märkten begeben, wenn wir nicht gangbare Wege finden, Spanien, Griechenland und Portugal an die Gemeinschaft zu binden. Die Beitrittskandidaten sind wichtige potente Partner der Unternehmen der Gemeinschaft und auch der deutschen Wirtschaft. Eine Umfrage des DIHT bei den Inlands- und Auslandskammern über die Auswirkungen der Erweiterung zeigt, daß die Unternehmen beträchtliche Chancen für die Ausweitung ihrer Geschäftsverbindungen sehen und sich stärkere Impulse von einem größeren Markt versprechen. Verhehlt wird jedoch nicht, daß

erhebliche Anpassungsprobleme zu lösen sind.

Das setzt voraus, daß die Gemeinschaftspolitiken auf den verschiedenen Feldern differenzierte Wege beschreiten müssen. Aus der Sicht der Wirtschaft könnten damit die Ziele der Verträge von Paris und Rom schwerer verwirklicht werden. Trotzdem gilt es, die Bemühungen um eine Vertiefung und den Ausbau der Integration fortzusetzen, um die wachsende Tendenz zur Renationalisierung der Märkte und ein Abgleiten in eine bloße Freihandelszone aufzuhalten und ihr entgegenzuwirken.

Trotz der unzureichenden Infrastruktur in den drei Beitrittsländern und der strukturellen Schwächen der gesamten Wirtschaft, die Zweifel daran aufkommen lassen, ob diese Staaten schon auf die Mitarbeit im Gemeinsamen Markt vorbereitet sind, sieht die deutsche Wirtschaft also durchaus günstige Möglichkeiten durch den Beitritt. Die erwarteten Wirtschaftsimpulse kommen indessen nur zum Tragen, wenn es nicht zu einem zusätzlichen Ausbau des bereits jetzt belastenden Bürokratismus und des Protektionismus in Europa kommt. Ebenso sollten un-

erträgliche zusätzliche finanzielle Belastungen der Bundesrepublik Deutschland vermieden werden.

### Große Marktchancen

Wie beurteilen die deutschen Unternehmen nun die Aussichten im einzelnen? Der Zollabbau zwischen der EG und den Beitrittsländern hat angesichts der bereits bestehenden nichttarifären Handelshemmnisse unterschiedliche und nur begrenzte Bedeutung. Hier gilt generell: hochwertige deutsche Erzeugnisse werden sich auch weiterhin gegen Billiglohnkonkurrenz durchsetzen. Dagegen ergeben sich Schwierigkeiten für ausgesprochene Massenprodukte. In den beitriftswilligen Ländern besteht bereits heute zum Teil eine leistungsfähige Industrie, oder es ist eine etablierte Konkurrenz aus den bisherigen EG-Partnerländern vorhanden. Insbesondere im Falle Portugals und Griechenlands stellen die Einfuhr-Lizenzvorschriften erhebliche Hemmnisse dar. Sie müssen aufgehoben werden, da sie den Export in diese Länder zwar nicht verhindern, aber doch stark verzögern.

Auf der Einfuhrseite verfügen die Beitrittsländer über große Marktchancen bei der besonders lohnintensiven Produktion von Massenwaren. Hier ist eine Zunahme der Importe zu erwarten. Dabei haben Einfuhren aus Spanien eine steigende Tendenz, dessen Exportstärke auf erhebliche Exportrückvergütungen zurückzuführen ist. Deshalb erhebt die deutsche Wirtschaft die Forderung, daß die hohen Exportunterstützungen in allen drei Ländern nach dem Beitritt wegfallen. Bei Textilien bietet der sich steigernde Export aus allen drei Ländern für viele deutsche Textilunternehmen die Chance, Rohwaren und Fertigwaren günstiger einzukaufen.

Im Agrarbereich werden die günstigeren Einkaufspreise zu

einem Abbau der Monopolstellung Italiens bei manchen Produkten führen. Insgesamt dürfte der bereits jetzt reformbedürftige EG-Agrarmarkt durch den Beitritt der drei Länder zusätzliche Belastungen erfahren. Es droht die Gefahr eines Marktungleichgewichts bei solchen Produkten, bei denen die einzelnen neuen EG-Mitglieder besonders liefer- und leistungsfähig sind. Aufgrund der komplementären Produktpalette ergeben sich für die Bundesrepublik Deutschland mehr Vor- als Nachteile. Dagegen werden zunehmende Marktverschiebungen vor allem in Italien und Südfrankreich eintreten.

### Schärferer Wettbewerb

Im gewerblichen Sektor treten in den Beitrittsländern leistungsfähige Konkurrenten für solche Industrien auf, die sich zur Zeit in einer Strukturkrise befinden. Dies trifft besonders Teile des Textil- und Bekleidungssektors (einschließlich Schuhe), aber auch zahlreiche Erzeugnisse des Eisen- und Stahlbaues sowie den Schiffbau.

Weitere Probleme werden durch die Übernahme des insgesamt niedrigeren Gemeinsamen Zolltarifs (GZT) und der Zollpräferenzen für die Beitrittsländer entstehen. Die durch die geringeren Importpreise ausgelöste Nachfrageverschiebung wird erhebliche Wettbewerbsschwierigkeiten verursachen. Die Nachteile der bisherigen protektionistischen Politik und der erheblichen Ausfuhrförderung in diesen Ländern werden dann offenkundig.

Dem Abbau von Einfuhrlizenzen und der nichttarifären Handelshemmnisse kommt, wie bereits erwähnt, noch größere Bedeutung als dem Zollabbau zu. Ein schärferer Wettbewerbswind, der nach dem Beitritt blasen wird, darf nicht zur Errichtung weiterer nichttarifärer Barrieren führen. Denn Preisstopps, Devi-

senbewirtschaftung und Exportsubventionen verhinderten die notwendige Integration der Märkte.

Für deutsche Investitionen in den Beitrittsländern waren in der Vergangenheit vor allem die niedrigen Lohn- und Sozialkosten, der Zollschatz und die restriktiven Importvorschriften sowie die Exportvorteile in Drittländern, aber auch die Steuerprivilegien, die niedrigeren Rohstoffpreise und die Einsparung von Frachtkosten ausschlaggebende Faktoren. Mit der zu erwartenden Anpassung des Lohnkostenniveaus und dem Wegfall des Binnenmarktschutzes entfallen wichtige Anreize für Investitionen in den neuen EG-Partnerländern, so daß etwa Lohnveredelungen weniger attraktiv werden. Trotzdem wird das Interesse weiterer Branchen an Direktinvestitionen zunehmen, da die Märkte expandieren und aussichtsreiche Absatzchancen für deutsche Produkte bieten.

### Freisetzung von Arbeitskräften

In allen drei Beitrittsländern droht die Gefahr, daß der Konkurrenzdruck aus den „alten“ EG-Staaten und der Fortfall des bisherigen Marktschutzes zusammen mit der notwendigen Rationalisierung der Industrie zu einer Freisetzung von Arbeitskräften führen, insbesondere im Kleingewerbe und in der Landwirtschaft. Auf der anderen Seite dürfte die Liberalisierung des Handels einen gewissen Kaufkraftzuwachs und — in dessen Folge — einen Produktionszuwachs hervorrufen, der eine höhere Beschäftigung und eine Rückwanderung von Arbeitskräften aus den „alten“ EG-Staaten bewirkt.

Mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern ist auch angesichts der Unterschiede in den ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen ein erhebliches Konfliktpotential verbunden, das ins-

besondere auch die Beziehungen der Gemeinschaft zur Türkei und zu Jugoslawien berührt. Denn durch das Abkommen von Ankara wird die Freizügigkeit der Arbeitskräfte mit der Türkei im Jahre 1986 verwirklicht werden.

### Neuartige Anpassungsprobleme

Die drei Beitrittsländer stehen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung noch an der Schwelle einer Industrialisierung, die die vorwiegend agrarischen Strukturen überwindet. Die erneute Erweiterung der Gemeinschaft auf zwölf Mitglieder kann nach den Erfahrungen mit dem Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks kaum durch einfaches Einbeziehen verwirklicht werden. Vielmehr werden neuartige Anpassungsprobleme in ausreichend bemessener Übergangszeit durch Anstrengungen auf beiden Seiten zu lösen sein. Dieser schrittweise Prozeß sollte Abstufungen vorsehen, innerhalb derer die Anpassung erfolgen kann. Am Ende dieser Phase muß der uneingeschränkte freie Warenverkehr innerhalb der erweiterten Gemeinschaft Wirklichkeit werden.

Der strukturelle Wandel muß nach Auffassung der deutschen Wirtschaft grundsätzlich vom Markt bestimmt werden. Die industrielle Entwicklung in den Beitrittsländern bedarf jedoch zunächst noch einer besonderen sektoralen und regionalen Förderung. Das Entwicklungsgefälle gegenüber den bisherigen EG-Mitgliedern läßt sich dabei nur dann verringern, wenn die Beitrittsländer ein auf die Dauer vergleichsweise höheres Wirtschaftswachstum erzielen. Durch die verschiedenen Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft, den Ausbau des kurzfristigen Währungsbestands sowie durch ein mittelfristiges finanzielles Aktionsprogramm sollten die von dem erweiterten Absatzmarkt ausgehenden Wachstums-

impulse verstärkt und durch die Förderung der Investitionen in den Beitrittsländern unterstützt werden. Das gilt neben den Investitionen im gewerblichen Bereich vor allem für die Infrastruktur.

Gleiches gilt für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Will man die ökonomischen Vorteile der Freizügigkeit für die Beitrittskandidaten sinnvoll nutzen, so sollten arbeitsplatzfördernde Maßnahmen im Vordergrund stehen. Die Verbesserung des Ausbildungsniveaus und seine Angleichung an den Standard in der Gemeinschaft kann in den Beitrittsländern erheblich dazu beitragen, das Beschäftigungsproblem zu lösen. Notwendig ist dabei vor allem eine verstärkte Ausbildung von Technikern auf allen Gebieten, insbesondere in der Metallverarbeitung. Dazu sind gegebenenfalls zusätzliche Mittel des Europäischen Sozialfonds bereitzustellen.

Um die Entscheidungsfähigkeit der Gemeinschaft in der langen Phase der Beitrittsverhandlungen nicht zu belasten, sollten den Kandidaten in der Zeit vor dem Vertragsabschluß keine besonderen Rechte eingeräumt werden. Sobald allerdings die Beitrittsverträge in Kraft sind, sollten die Kandidaten auch für die dann anlaufende Übergangszeit Vollmitglieder mit allen Rechten und Pflichten sein. Eine Beschränkung ihrer Rechte degradierte sie zu Mitgliedern zweiter Klasse und behinderte die Entscheidungsfähigkeit der Gemeinschaft.

### Chance für Agrarreform

Ein heißes, wenn nicht das heißeste Eisen sind die Agrarprobleme, deren Lösung für den Erfolg der Beitrittsverhandlungen entscheidend ist. Eine Ausdehnung der gegenwärtigen Agrarpolitik auf die Beitrittsländer würde die schon bestehenden Überschußprobleme verschärfen und die finanziellen

Anforderungen an den gemeinsamen Agrarfonds in nicht abzuschätzende Höhen schrauben. Deshalb sollte man die Erweiterungsverhandlungen als Chance für eine ohnedies überfällige Agrarreform mit dem Ziel einer stärkeren Marktorientierung nutzen. Hierzu gehören die Senkung der Interventionspreise, die Ausdehnung der Erzeugerbeteiligung an der Verwertung und die stärkere Verlagerung der Agrarpolitik auf strukturwirksame Maßnahmen. Eine agrarpolitische Reform auf dieser Linie würde auch die protektionistischen Auswirkungen gegenüber Drittlandsimporten mildern. Demgegenüber würde eine Ausweitung des Autarkieniveaus, die leider zu befürchten steht, den Spielraum für Importliberalisierungen, insbesondere im südlichen Mittelmeerraum, aber auch gegenüber den USA, weiter einengen. Die Agrarpolitik, die ohnehin schon Störfaktor der Drittlandsbeziehungen ist, brächte weitere Belastungen, wenn ihre Reform nicht entschlossen angegangen würde.

Die Süderweiterung bringt also nicht nur eine neue Quantität der Gemeinschaft – zwölf statt neun –, sie bringt auch eine neue Qualität. Es treten nicht einfach drei neue Länder ein, vielmehr gibt die Süderweiterung der bisher mitteleuropäisch zentrierten Gemeinschaft eine erheblich breitere, neue Mittelmeerdimension. Um zu einer Koexistenz dieser strukturell sehr verschiedenen Wirtschaften zu kommen, muß in Zukunft der Gedanke der Solidaritätsgemeinschaft zweifellos verstärkt werden. Im Klartext muß dies heißen, daß die Umverteilungsmechanismen innerhalb der EG gestärkt werden müssen. Dieses aber setzt klare politische und wirtschaftspolitische Konzeptionen voraus, die wir in der Folgezeit mit Energie, aber auch mit Augenmaß anpacken müssen.